

WP-1-079 Kapitel 1: Berlin bleibt lebenswert

Antragsteller\*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 13.01.2026

## Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 78 bis 85:

der energetischen Sanierung müssen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen: Niemand darf dadurch verdrängt werden. Zugleich muss die Sanierungsquote deutlich steigen Nichtsdestotrotz brauchen wir mehr Sanierungen. Dafür werden wir Grüne das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“ stärken wiederbeleben und ein Stufenmodell einführen, das Eigentümer\*innen verpflichtet, bei den energetisch schlechtesten Gebäuden zu beginnen. Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter\*innen, öffentlicher Hand und Mieter\*innen sowie die Abschaffung anstelle der bisherigen Modernisierungsumlage. Wir setzen uns für eine entsprechende Bundesratsinitiative ein. Auf Landesebene prüfen wir zusätzliche Entlastungen für Mieter\*innen bei Sanierungsmaßnahmen. Mieter\*innen in unsanierten Häusern dürfen nicht den Kostensteigerungen fossiler Brennstoffe ungeschützt ausgesetzt werden. Das Land Berlin soll insbesondere in Milieuschutzgebieten ambitionierte Sanierungen fördern und Gebäudeeigentümer entsprechend beraten.

## Begründung

- Sanierungsquote zu abstrakt für Leser\*innen (s. auch Antrag weiter oben)
- "Effiziente GebäudePLUS" wurde abgeschafft und sollte zunächst wieder eingeführt werden
- Die Modernisierungsumlage ist ein Bundesgesetz und sollte entsprechend über eine Bundesratsinitiative adressiert werden
- Aufgrund der Konditionen von Milieuschutzgebieten (Einschränkungen bauliche Modernisierung) drohen hier besonders Kostensteigerung bei steigenden CO2-Preisen und Netzentgelten